



PRESSEMITTEILUNG

Gegenfinanzierung gefährdet Investitionen

Leasing-Wirtschaft kritisiert Unternehmenssteuerreform

Berlin, 3. November 2006 – „Die geplanten Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Unternehmenssteuerreform verschlechtern das Investitionsklima“, kritisiert Horst-Günther Schulz, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen. Die geplante Hinzurechnung des Finanzierungsanteils von Leasing-Raten zur Gewerbesteuer in Höhe von 25 Prozent sei eine „unsinnige Substanzbesteuerung“, die Investitionen verteuere und Unternehmen zusätzlich belaste. Als investitionsfeindlich kritisierte Schulz auch die geplante Abschaffung der degressiven Abschreibung ab 2008.

„Das gerade begonnene Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen wird durch diese Maßnahmen stark gefährdet“, erklärt Schulz. Aber Deutschland brauche Investitionen. Die Investitionen von heute sorgen für die Arbeitsplätze von morgen. „Wenn die Bundesregierung mit der Steuerreform die Wirtschaft wirklich ankurbeln will, müssen die investitionsfeindlichen Gegenfinanzierungs-Maßnahmen nachgebessert werden“, fordert der BDL-Präsident.

Die Leasing-Branche ist seit Jahren der Wachstumsmotor für die Wirtschaft in Deutschland und mit rund 50 Mrd. Euro der größte Investor des Landes. Jede vierte Ausrüstungsinvestition wird inzwischen durch Leasing realisiert. „Es kann nicht sein, dass Leasing gegenüber anderen Finanzierungsformen unsachgerecht behandelt und sogar benachteiligt wird“, so Schulz. Gerade der Mittelstand realisiere seine Investitionen zu einem Großteil über Leasing und werde daher unverhältnismäßig getroffen.

Bei Rückfragen:

Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen
Heike Schur, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Fon 030 20633722, schur@leasingverband.de